

Bezugspreis: Vierteljährlich 180.— M., monatlich 60.— M. ...

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kommodezeile kostet 25.— M. ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 27. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ein Schritt des Reichspräsidenten.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt mit: Der für heute vormittag anberaumte Kabinettsrat ist vorläufig auf unbestimmte Zeit verlagert worden.

Von welcher Art der Schritt des Reichspräsidenten sein wird, steht dahin. Nachdem aber die Reichsregierung einstimmig die bayerische Verordnung für verfassungswidrig und ungültig erklärt hat, kann man von obersten Hütern der Reichsverfassung keine Aktion erwarten.

Wer dem Reichspräsidenten Vorwürfe macht, weil er den Konflikt auf einem möglichst gefahrlosen Weg zu beseitigen versucht, der verkennt die Aufgaben seines Amtes.

Je weniger man sich in Berlin von den Eingebungen der ersten Hilfe leiten läßt, desto mehr wird dem ganzen Volke, auch dem bayerischen, die Größe des Unrechts zum Bewußtsein kommen.

Röge man in München begreifen, was auf dem Spiele steht! Röge die Stimme des Reichspräsidenten, der Schlimmsten für Bayern und das Reich verhüten will, gehört und verstanden werden!

Der Eindruck in München.

München, 27. Juli (Eigener Drahtbericht.) Während die feste Sprache der Reichsregierung ihre Wirkung auf die bayerische Regierung ausstrahlt und selbst auf Heßblätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht verfehlt hat, scheint in den Kreisen der Keristen-Führerschaft Bayerns die Kenntnis gegen die klare Vernunft ein von Gott gewolltes Mittel des politischen Kampfes zu sein.

Am übrigen hielten die Deutschnationalen gestern Abend eine Heerchau über ihre Mannen ab, bei welcher der Oberst Englander die Worte in den Saal warf: „In Bayern darf es kein Zurück und kein Umsinken mehr geben.“

Aufruf der bayerischen Gewerkschaften.

München, 27. Juli. (M.T.B.) Der Landesauschuß Bayern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des A.F.A.-Bundes erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Bayern sabotiere die Reichsgesetze, gefährde dadurch die deutsche Republik und die Reichseinheit und fördere, wenn auch indirekt, durch dieses Vorgehen die französischen Bestrebungen.

reichstreue Republikaner müsse in dieser Stunde um das Los der schaffenden Stände in Sorge sein. Für die gesamte Arbeiterschaft seien eiserne Geschlossenheit und strengste Disziplin das Gebot der Stunde.

Empfang der nordbayerischen Bürgermeister.

München, 27. Juli. (M.T.B.) Bei einem Empfang nordbayerischer Bürgermeister durch den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, dem der Minister des Innern Dr. Schreyer beiwohnte, erklärte der Vorsitzende der Abordnung, infolge der herrschenden Unklarheit über die Absichten der Regierung und der Regierungsparteien sei in den nordbayerischen Städten eine tiefgehende Erregung entstanden.

Reparationsproblem und Bayernkrise.

Paris, 27. Juli. (M.T.B.) Offenbar unter dem Eindruck der bayerischen Krisis schreibt Senator Brangier im „Matin“: Wohin wird uns Lloyd George führen? Zu einem Moratorium. Aber das ist nicht sein Hintergedanke. Der Zweck, den er verfolgt, ist eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Schuld zu erlangen.

Bayern und Oesterreich.

Ueber das Verhältnis Oesterreichs zu Bayern äußert sich die Wiener „Arbeiterzeitung“ in einem bemerkenswerten Artikel. Sie weist darauf hin, daß die Stärke der Reaktion in Bayern wie in Ungarn nur auf den Umstand zurückzuführen sei, daß in diesen Ländern „die Arbeiterklasse vorübergehend der kommunistischen Verführung erlegen ist.“

„Unsere Republik wird mit den bayerischen Rebellen nichts zu schaffen haben. Die deutschösterreichische Arbeiterklasse erkennt in der bayerischen Konterrevolution so gut den Lohfeind wie in der magyarischen. Wir wollen den Anschluß an die deutsche Republik. Gegen jeglichen Anschluß an den bayerischen Verrat an deutschen Volk und Reich würden sich die deutschösterreichischen Arbeiter, die Arbeiter von Tirol und Salzburg voran, mit dem letzten Gewehr, das sie zu erraffen vermöchten, zur Wehr setzen.“

Septembertagung des Morgan-Komitees.

Paris, 27. Juli. (G.E.) Die Chicago Tribune glaubt zu wissen, daß Pierpont Morgan auf eine Anfrage der französischen Regierung aus England antwortete, er sei bereit, einer Tagung des Bankierkomitees in Paris Anfangs September beizuwohnen. Der französische Ministerpräsident hofft, daß durch neue Errungenschaften in der Reparationsfrage das Feld für die Arbeiten des Bankierkomitees erweitert werden könnte.

Der Zwang zur Reichseinheit.

Das Urteil eines Bayern.

Der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, Dr. Friedrich Zahn, hat vor drei Jahren, als zum erstenmal partikularistische Interessen in Bayern in wirklich gefährlicher Weise auftauchten, eine Broschüre erscheinen lassen: „Bayern und die Reichseinheit“, deren Ausführungen auch heute noch mit jedem Worte zutreffen.

Das größte wirtschaftliche Gut eines Volkes ist das Volk selbst, die Volkskraft. Im Zeitraum von 1840 bis 1870 hat nun die bayerische Bevölkerung nur um eine halbe Million, von 1870 bis 1910 dagegen um 2 Millionen zugenommen. München zählte 1840: 117 000, 1871: 184 000, 1910: 596 000 Einwohner.

In dem Vierteljahrhundert von 1885 bis 1910 machte der Abwanderungsverlust nur noch ein Siebtel des Geburtenüberschusses aus. Außerdem gestaltete sich die Auswanderung auch insofern günstiger für Bayern, als sie nicht mehr vorzugsweise nach Amerika ging, sondern hauptsächlich nach dem übrigen Deutschland, von wo aus der Konnex mit dem eigentlichen Mutterlande niemals völlig unterbrochen wurde.

Die wichtig allein die Besserung von Benzin, Benzol und deren Erzeugnissen für Bayern ist, zeigt die Tatsache, daß die bayerische Landwirtschaft Anfang 1918 zum Betrieb ihrer Arbeitsmaschinen 22 886 Motoren verwendete, die nur mit diesen Brennstoffen gespeist werden können.

Die bayerische Forstwirtschaft zog aus der größeren Nachfrage nach Kiefernholz, Buchenholz und Bauholz aus dem Reich ebenfalls erheblichen Nutzen. Die Einnahmen aus den Staatswäldern z. B. sind von 23,9 Millionen Mark 1870 auf 64,3 Millionen Mark 1913 und 122,8 Millionen Mark 1917 gestiegen.

Selbst die Rugharmachung der gesamten Wasserkräfte für elektrische Energien kann Bayern keineswegs von der Kohlenzufuhr von auswärts unabhängig machen. Auch in der Eisenversorgung ist Bayern durchaus auf das übrige Reich angewiesen, insbesondere in bezug auf die Zufuhr von Eisenschlacken und Maschinen.

Die Reichswehr beschimpft die Republik.

Immer wieder führen die Häden, die zum Sturze der Republik gesponnen werden, nach Bayern. Die Bevölkerung Bayerns, soweit sie reichhaltig ist, wird daraus verstehen, daß im übrigen Deutschland die Erbitterung darüber, daß im besondern München sich zur Burg aller Verschwörer und Reichs-schänder gewandelt hat, zunehmend wächst. Die „Freiheit“ ist jetzt in der Lage, sogenannte Heimatland-Briefe abzufragen, die fortlaufend von der immer noch bestehenden Zentrale der früheren Münchener Einwohnerwehr herausgegeben werden. Von ihr wandern sie über das ganze Reich. Dabei helfen in der ungenügendsten und schändlichsten Art im besondern einzelne Dienststellen der Reichswehr. So ist der Heimatlandbrief vom 17. Juli am 12. Juli von der Dienststelle der Reichswehr in München an verschiedene Infanterieregimenter verschickt worden mit einem Begleitbriefchen, das die sofortige Verteilung anordnet. In ihm wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Heimatlandbriefe keine zutreffende Schilderung der augenblicklichen politischen Situation enthalten.

Der Heimatlandbrief vom 17. Juli geht in der unglücklichsten Art gegen die Schutzhessen. Sie werden Instrumente großer Klassenherrschafft genannt, wie sie bisher nur der russische Bolschewismus aufzuweisen habe! Man beklagt, daß das Amnestiegesetz Kopp-Putschisten und Erzberger-Mörder, ja sogar Rathenau-Mörder nicht begnadigt, überhaupt dafür aber, daß wahrscheinlich Hölz bald amnestiert werde. Zum Beamtenspektrum heißt es:

„Die Urteile über schuldige Beamte fällt ein Disziplinarsenat, der ganz wie der samose Staatsgerichtshof nach parteipolitischen Gesichtspunkten mit seiner Wehrheit zustimmend geurteilt ist, also nach Partei- und nicht nach Rechtsgrundsätzen sprechen wird. Also der Beamte, der zu einer Tannenbergfeier geht, der Reichswehreffizier, der an einer Feier seines früheren Regiments teilnimmt, der Beamte, der einem Kriegsveteran angehört, sie alle werden mit Dienstentlassung bestraft. Wenn wir solchermaßen die Anwendungsmöglichkeiten dieses Gesetzes bis zum Ende durchdenken und z. B. dabei in München Um-schau halten, so brauchen wir nicht zu zweifeln, daß wir, die Träger der Notizen, die in Bayern den vaterländischen Klang haben, die ersten sein werden, die

zum Gaudium des Berliner Pöbels

vor das Revolutionstribunal, das in diesem Falle Disziplinarsenat heißt, geschleppt werden.

Zum Reichskriminalgesetz heißt es in der gleichen Tonart, daß es keinen anderen Zweck habe als den, daß die Berliner Regierung jeden ihr nicht genehmen deutschen Staatsbürger dingfest machen könne, um ihn nicht dem Arm der strafenden Gerechtigkeit, sondern der parteipolitischen Ungerechtigkeit und Klassenjustiz zu überliefern.

Dann kam man lesen: Dir, der du diese Blätter empfängst, dir soll's an den Krügen gehen; für dich sind alle diese Gesetze gemacht.

Die bayerische Regierung hat bisher allen diesen Gesetzen ein schroffes „Annehmbar“ entgegengesetzt. Trotzdem werden sie Reichsgesetz. Es ist Sache der bayerischen Regierung, festzuhalten, allen Berliner Drohungen und Einschüchterungsversuchen der eigenen Notizen zum Trotz, denn diese haben bereits die Befreiung erhalten, den Generalfreitag zu verkünden, falls die bayerische Regierung dem Volkzug des Gesetzes Schwierigkeiten machen sollte.

Hier gibt es nur eines für die bayerische Regierung: Ablehnung als Ganzes unter allen Bedingungen mit allen Konsequenzen oder Selbstauslieferung an den Bolschewismus. Noch herrscht in Berlin nicht Trost über Weg Hül, sondern Zentrum und Sozialdemokratie. Aber wie lange noch? Schon in wenigen Wochen werden wir eine reine Arbeiterregierung in Berlin sehen, dann kommt der rote Schrecken, wie er auf Tübingen in München gekommen ist, und dann werden diese Gesetze noch immer in Kraft sein.

Am der Regierung Graf Dethlefsen ist heute die Entscheidung gegeben, eine Entscheidung, wie sie lebenswichtiger wohl noch nicht für das bayerische Volk bestanden hat.

elektrische Industrie, Ludwigshafens chemische Industrie sich erst entwickeln konnten, nachdem an die Stelle des geringen Abfahrs auf dem wenig ausnahmsfähigen heimischen Markt der Export nach dem übrigen Reich und unter dem Schutze der deutschen Außenhandelspolitik nach Uebersee getreten war. Dies bezieht sich auf besonders auf die Gold- und Silbergeschäfte, die Drahtwaren- und Spielwarenindustrie, die Spiegelglas- und Bleistift-Fabrikation, Korb- und Webwaren- und die Lederindustrie. Heute gibt es in Bayern über 2000 Exportbetriebe mit einer halben Million Arbeitern und mit Ueberseewerten an Ein- und Ausfuhr im Jahresdurchschnitt vor Kriegsausbruch von einer halben Milliarde Mark. Im Zusammenhang mit dieser Aufwärtsentwicklung vollzog sich auch eine namhafte Steigerung des Verkehrs auf den Staats-eisenbahnen, der Staatspost und den Wasserstraßen, wesentlich begünstigt durch die Eingliederung des bayerischen in den gesamten deutschen Verkehr. Die Vorteile des gemeinsamen Münzwesens, der ausgedehnte Postverkehr im Reich, der Giro- und Abrechnungverkehr sind ebenfalls Errungenschaften, auf die Bayern heute nicht mehr verzichten kann.

Das bayerische Bankwesen ist ganz wesentlich durch die Reichseinheit befruchtet worden. Die Hypothekendarlehen haben ihr Beschäftigungsgeschäft weit über Bayern hinaus in das Reich ausgedehnt und sind dadurch der Gefahr der Stagnation entgangen. Die bayerischen Kreditbanken brauchen die Berliner und Frankfurter Börse für den Absatz bayerischer Wertpapiere, den Kapitalmarkt des gesamten Reiches zur Durchführung großer Finanztransaktionen, brauchen auch die weitere Tätigkeit der Reichsbank und ihrer Filialen. Denkt man ferner daran, welche Vorteile Bayern durch die Sozialpolitik des Reiches und durch die vom Reich geschaffenen Institutionen und geleisteten Zuschüsse auf dem Gebiete der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens empfangen hat, wie wesentlich weiter seine Finanzkraft durch die Hebung der Steuerkraft der Bevölkerung in den letzten 40 Jahren gesteigert worden ist (die direkten Staatseinkünfte erbrachten 1870 17,8 Millionen Mark, 1916 aber 98,8 Millionen Mark), so wird man auch unter diesen Gesichtspunkten in Bayern für die Beibehaltung der Reichseinheit eintreten müssen. Interessant ist ferner, daß Jahn an Hand seiner Statistiken zeigt, daß die vielfach behauptete starke finanzielle Belastung Bayerns durch die Beitragszahlung an das Reich sich bei genauer Betrachtung dahin erklärt, daß der Anteil Bayerns an der Erhebung von Reichs-steuern und Zöllen sowohl im Krieg wie im Frieden nicht unwesentlich hinter dem Anteil Bayerns an der Reichsbevölkerung zurückbleibt.

Jahn schließt seine ungemein lehrreichen Darlegungen mit dem Hinweis: „Die einzelnen Bundesstaaten sind auf-einander angewiesen, sie müssen auf Gedeih und Verderb beikommen bleiben. Nur wenn die deutsche Einheit auch künftig die Grundlage unseres staatlichen Daseins bleibt, wird Deutschland — das ganze wie seine Teile — die bevorstehenden schweren Zeiten überleben, wird es wieder zu Stärke, Wohlstand und Ansehen in der Welt gelangen.“

All diese Argumente sprechen für jeden, der Zahlen lesen kann, für sich selbst. Nicht formale rechtliche Gründe allein, nicht politische Machtfragen werden Bayerns Haltung letzten Endes diktieren müssen. Der einfache Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen wird entscheiden. Bayern wird reichsdeutsch sein, oder es wird nicht sein, d. h. es wird im Falle einer Abtrennung einen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben, der zum völligen Erliegen führen muß.

Die Krise der Deutschnationalen.

Wulle wieder da!

Das „Deutsche Tageblatt“ ist wieder erschienen. Es ist, nur einen halben Bogen stark, in der Quersicht des „Deutschen Herold“ gedruckt und bringt einen langen Artikel „In eigener Sache“, der in der Hauptsache in der wörtlichen Wiedergabe dessen besteht, was der „Vorwärts“ über die Gründe des Nichterscheinens des interessanten Blattes berichtet hat. Die Redaktion bestätigt unsere Mitteilun-

gen, indem sie ihnen mit keinem Wort widerspricht und sich auf die Erklärung beschränkt, vorläufig müsse sie es sich ver-sagen, sich über die Gründe des vorläufigen unfreiwilligen Nichterscheinens ihrer Zeitung zu äußern. Sie hofft, vom Beginn der nächsten Woche ab wieder regelmäßiges Erscheinen in Aussicht stellen zu können. Im übrigen sagt sie:

„Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß unserm Erscheinen am Montag oder Dienstag keinerlei Schwierigkeiten — weder finanzieller, noch redaktioneller Art — im Wege gestanden hätten, falls es uns in diesen Tagen gelungen wäre, eine bürgerliche Druckerei für den Welterdruck unserer Zeitungen zu finden. Da jedoch mehrere Zusagen nach dieser Richtung späterhin regelmäßig wieder zurückgezogen wurden, sind wir erst heute in der Lage, uns durch eine Notaus-gabe mit unseren Freunden wieder in Verbindung zu setzen.“

Die Deutschnationalen haben also dem Wulleblatt alle Druckereien, mit denen es verhandelt hat, wieder abgetrieben. Im Leitartikel der völkischen Notzeitung schildert Wulle die Entstehung der Deutschnationalen Partei, wie sie sich Ende 1918 aus Konservativen, Freikonservativen, Christlich-Sozialen und Deutsch-Sozialen bildete. Die Konservativen hätten sich dabei fast ganz ausschalten lassen. Freikonservative, Christlich-Soziale, Judenfreunde, ehemalige Minister Beth-manns hätten die Führung übernommen, die dem „völkischen Gedanken“ ganz fremd gegenüberstünden. Als die schlimmsten werden Hergt, Schulz-Bromberg, Hugen-berg und Kelferich bezeichnet. Gegen sie erklärt Wulle:

„Wir erklären uns außerstande, einer Politik weiter unseren Namen als Deckmantel zu leihen, die bestimmt nicht völkisch ist und die bestimmt mit dem Generalangriff gegen alles Völkische enden wird. Wir können unser Gewissen nicht belasten, nach außen die Ideen einer Partei zu vertreten, für die wir voll und ganz und wahrhaftig unter Einsetzung unseres Lebens und unserer Gesundheit gekämpft haben, während in den maßgebenden Körperschaften diese völkische Politik unter-bunden wird. Bleibt der Kurs der alte, wie es in der Parteierklärung heißt, so Gnade Gott den völkischen und der nationalen Bewegung. Wir verlangen und fordern einen rücksichtslosen und erbarmungslosen Kampf gegen alles Unvölkische.“

In derselben Nummer veröffentlicht der aus der Deutschnationalen Partei hinausgeworfene Herr Henning einen „Offenen Brief an Eggellenz Hergt“, in dem er Hergt vor-wirft, daß er das Ergebnis des ersten Untersuchungsaus-schusses nicht bekanntgegeben habe, während der Wortlaut des endgültigen Untersuchungsergebnisses von der offiziellen Parteikorespondenz gefälscht worden sei.

Nach einer Meldung derselben Korespondenz haben sich die Reichstags- und Landtagsfraktionen gestern und vorgestern gemeinsam mit den Herren Düringer, Henning, Wulle und Gräfe befaßt. Sie traten einmütig der Erklärung der Parteileitung bei, „wonach an der positiv völkischen Einstellung der Partei unbedingt festzuhalten ist“. Zwischen den deutschnationalen Führern, die den ständischen Anhang nicht auf-geben wollen, und den völkischen Führern, die die „völkische Einstellung“ der Partei für bloße Raube erklären, ist also der schärfste Kampf im Gange.

Abgelehnte Mißtrauensvoten.

Darmstadt, 26. Juli. Die heutige Landtagssitzung lehnte einen Antrag der Deutschen Volkspartei ab, dem sozialdemokratischen Minister Kaab das Mißtrauen auszusprechen wegen der Aus-schreitungen in Darmstadt am 27. Juni bei der Rathenau-Demon-stration der Sozialdemokraten. Ferner wurden zwei Mißtrauens-anträge abgelehnt, die sich gegen den Staatspräsidenten richteten und als Grund die Mißfeier in den Schulen und die Ernennung eines bisherigen Angestellten zum Ministerialrat hatten.

Bermond aus Hamburg ausgewiesen. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der seinerzeit aus Bremen wegen unbedeutender Ordnungserziehung ausgewiesene Volkstumführer Awalow Bermond aus dem Hamburger Gebiet als lästiger Ausländer aus-gewiesen worden.

Der Ausbau des deutschen Kanalsystems. Der Ausbau unseres Wasserstraßennetzes, der schon vor dem Kriege als eine wichtige Frage des Wirtschaftsverkehrs behandelt wurde, ist jetzt zu einer Notwendigkeit geworden, da wir bei den Transportverwicklungen der billigen Wasserwege mehr und mehr bedürfen. Die Verbindung zwischen Rhein und Elbe durch den Mittelkanal ist der Vollendung nahe. Wie Hans Wagnald in der Wochenschrift „Die Anschau“ ausführt, beginnt dieser neue Kanal am Dortmund-Em-skanal, der eine Fortsetzung des bei Duisburg anfangenden Rhein-Herne-Kanals ist, und verläuft über Minden nach Hannover. Deno-brück ist durch einen Seitenkanal angegeschlossen. Die Hannover ist der Mittelkanal fertig und in Betrieb. Das Stück von Hannover bis Peine mit dem Anschluß nach Hildesheim wird in spätestens drei Jahren fertig sein. Vorbereitende Arbeiten werden an dem Schlus-sglied vorgenommen, das von Peine nördlich an Braunschweig vorbei über Debsfelde und Neuhaldensleben nach Magdeburg führt. Um die Elbschiffahrt nicht zu behindern, wird der Kanal in einer gewaltigen Brücke die Elbe überschreiten und Anschluß an das Kanal-system der Provinz Brandenburg erhalten. Damit ist ein Großschiff-fahrtsweg zwischen dem Industriegebiet des Westens und den land-wirtschaftlichen Erzeugnisgebieten im Osten Deutschlands geschaffen. Die wirtschaftliche Bedeutung wird schon durch die Tatsache offenbar, daß ein 1000-Tonnen-Kahn, der auf diesem Kanal fahren kann, den Inhalt von mindestens drei Güterzügen umfaßt.

Freilich ist dieser Weg sehr lang und verteuert dadurch die Fracht. Deshalb besteht schon längere Zeit der Plan, zwischen den Städten Hamburg und Bremen sowie dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen direkten Wasserweg zu schaffen. Dieser sogenannte Hanfkanal soll bei Verne am Mittelkanal abzweigen, nach Uchim führen, wo er die Weser mittels einer Brücke überschreitet, und dann nach Hornbom in der Nähe der Elbe gehen, von wo aus sich der Kanal einerseits nach Hamburg und andererseits nach Stade an der Elbe gebet. Der nach Hamburg führende Zweig hat durch den Elbe-Treue-Kanal Anschluß nach Lübeck, während der andere Teil durch den Rodostee-Kanal Anschluß nach Kiel hat. Bei Uchim ist der Kanal mittels einer Schleuse mit Bremen verbunden. Der Weg nach dem Ruhrgebiet wird dadurch von den Hanfkanalisten aus sehr abgelehnt.

Nach ein drittes Kanalunternehmen hat der Vermittlung, nämlich der Küstenkanal, der bei Dörpen am Dortmund-Em-skanal abzweigen und unter Benutzung der unteren Hunte zur Unterweser führen soll. Dieser Kanal wäre für die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung von Oldenburg und der Gebiete an der Unterweser von großer Bedeutung. Hier können nämlich große Torflager von mindestens 115 Millionen Tonnen Brennholz abge-baut und die Hochmoorsfläche der Land- und Viehwirtschaft erschlossen werden.

Der Gekinder des Adrenalin gestorben. Aus New York wird der Tod des japanischen Chemikers Dr. Notchi Takamine im Alter von 69 Jahren gemeldet. Die Wälder feiern den Japaner als den Erfinder des Adrenalin, einer aus den Nebennieren von Schafen gewonnenen Substanz, die sich als wichtiges Arzneimittel erwies, durch seine blutstillende Eigenschaft auch in der Chirurgie von großer Bedeutung wurde.

Das letzte Geheimnis des Nordpols gelöst. Aus Hamburg wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Nachdem die Menschheit sich seit Aristoteles vergebens bemüht hat, das Rätsel zu lösen, das die Fortpflanzung des Nales umgibt, ist das in den letzten fünfzig Jahren dem berühmten dänischen Meeresforscher, Dr. Johs. Schmidt, gelungen. Dr. Schmidt begann seine Untersuchungen im Jahre 1906, und nachdem er auf mehreren Fahrten in den östlichen Teilen des Atlantischen Ozeans schiffte, hat er dort die Larven des Nales, weidenblattförmige durchsichtige Fische von etwa 7 1/2 Zentimeter Länge, in großen Mengen vorfanden, begann er mit dem dänischen Forschungsdampfer „Tor“ die Suche nach den Laichplätzen des Nales. In den nächsten Jahren folgten aus-gedehnte Reisen in den Atlantischen Ozean und in das Mittelmeer, später zwei große Expeditionen in die Gemäßer Westküsten. Im August 1921 wurde mit einem neuen zum Forschungsdampfer um-gebauten Fahrzeug eine Reise ins Mittelmeer, in den Atlantischen Ozean und in die westlichen Gewässer angetreten. Auf dieser Reise, die über die Fortpflanzung des Nales zu lösen, hat der dänische Dampfer „Dana“ mit dem Forscher an Bord heimgekehrt. Auf Einladung von Dr. Schmidt begaben sich die Mitglieder der deutschen wissenschaftlichen Kommission für Meeresforschung, Professor Dr. Ehrenbaum und Fischereidirektor Ebbert, Hamburg, in Begleitung an Bord der „Dana“ und erwarben folgende: Es ist nunmehr unabweislich nachgewiesen, daß die Laichplätze aller europäischen Fluhaale, auch der in den Mittel-meergewässern lebenden, im westlichen Teil des Atlantischen Ozeans vor dem Golf von Mexiko liegen. Alle europäischen Fluhaale müssen diese Stelle aufsuchen, um sich fortzupflanzen. Hier werden die Eier abgelegt, aus denen minuscule Larven ent-gehen. Dr. Schmidt ist es gelungen, sowohl Larven wie auch Vorformen des jüngsten Stadiums von weniger als einen halben Zentimeter Länge in großen Mengen zu fangen. Die Larven man-dern mit dem Gasterium langsam aus den amerikanischen Gewässern an die europäischen Küsten. Während dieser Zeit wachsen die Larven von 5 Zentimeter bis auf 7 1/2 Zentimeter Länge an. Erst im vierten Jahre ihrer Wanderung erreichen sie, nachdem sie die zylindrische Kalkform angenommen haben, die europäischen Küsten und steigen dann in die Höhe auf. Küster diesen bedeutsamen Fest-stellungen über das Leben des Nales hat die Expedition noch eine fröhliche weiterer Erfolge auf dem Gebiete der Meeresforschung heim-gebracht.

Ein Prozess wegen Gotteslästerung beginnt am 9. August vor der 2. Strafkammer in Duisburg gegen den Vorsitzenden des protestantischen Freidenkervereins Hamburg (M.H.). Die Vorwürfe dieses Prozesses ist eine Theateraufführung, die der Freidenkerverein in Hamburg veranstaltete. Aufgeführt wurde das positive und antimilitärische Bühnenwerk „Menschenschacher“ von Ibsen. Das Werk wurde bei der Aufführung und auch in Hamburg „Gott und die Hure“ genannt; der Titel wurde dann, weil das Werk schwersten Verlesungen ausgesetzt war, „Menschenschacher“ genannt. In der Prozedura unter dem ersten Titel erblidigt die Staats-anwaltschaft den Tatbestand der „Gotteslästerung“!

Das „Nille“ Tal.

Berichtsjahrl von Erich Hermann Meyer.

Regelmäßig Ausgang Mai stellt meine Frau fest, daß ich schon wieder recht nervös geworden sei. Dann sende ich Hilferufe — SOS — in die entlegensten Winkel des Reiches, und nach einigem Zeit-lichen um die Gegenleistung dampfen wir Anfang Juli los.

Diesmal stellte man meinen Zustand doppelt bedenklich dar, wohl wegen der täglichen Übungen mit unserem Ab-Schützen. Wir wählten also ein Dorf in Bayern: gute Kost, frische Luft, weite Sicht, absolute Einsamkeit — Himmel, wie im Paradies! (Am Geiste sah ich meine Nerven schon erstarken zu festen dickhartigen Feuer-wehrschützen.)

Nun, wir kamen hin und fanden alles, was wir suchten; nur keine Ruhe — höchstens im Walde. Wenn uns der Hunger um den Ofen schmeckte, umbrandete uns Kindergeschrei. Wir flohen vor ihm in die Berge, und von allen Seiten heulte uns das Echo blöder Wühmacher an. Entsetzt schraubten wir uns, wandernd, den Felsen zu — ohne sie je zu erreichen — und hielten uns, heimkehrend, auf die zerbeulten Strohhäute.

Ich, wie fast hätten wir geschlafen nach solchem Anstrengungen, wenn vor unseren, des niedrigen Raumes wegen, stets geöffneten Fenstern nicht regelmäßig abends ein heimliches durchdringend schmerz-lich um den schlechtverdauten Gatten geklagt hätte.

Doch, der Wunsch gewöhnt sich an alles. Wir hätten uns mit jenen Trauergeklagen schließlich abgefunden, aber nach einigen Tagen hatten die Nächte die Niedernächtigkeit, gemüht kalt zu werden. Wir bekamen also das Reichen in den Schulterknochen und unser Sprö-ling den Heuschmupfen. Und hatte ich dann Stundenlang vom Elektrifiziertwerden geträumt, ein ruppiges Gefühl, das erst gegen Morgen zur Ruhe ging — dann blühte im Stall das Milchschaf, das sich vorzeitig nach der Fische schme. Zwei wüdenoll langwierige Ziden jüminen verständnisvoll ein, und zwischendurch jaulte „Treff“, der jüngste aller Hühnerhunde, den der Förster durch reichliches Hungern schon zu erhalten versuchte (auch war er mit der Staupe noch nicht durch). Und dann die erwachenden Gockel, die gackern den Reinen, krächzenden Gänse, grunzenden Säue usw., es war einfach ein Höllelärm!

Nach fünf durchwachten Nächten rissen wir aus und verbrachten den Rest unserer Sommerfrische an den bevölkerten Fluten des Tegeler Sees. Hier war der Rärm nicht ärger, und, o Muttersprache, Mutterlaut — alles heimelte einen viel mehr an. — Dazu die Cr-parnis der Kurtag, der gesellschaftlichen Verpflichtungen und der Trinkgelder — kurz, wir waren wirklich glücklich und schrieben in unserem Uebermut am zweiten Tage unserer Heimkehr einen schiden-fürlichen Scheidegruß an unser so teures, glücklich gemiedenes einstiges „Nille Tal“ im fernen Bayern, das wir nie wieder — wirklich nicht? — heimzuden werden!

Darum muß das bayerische Volk auch seiner Regierung zeigen, was es von ihr fordert: Festbleiben! Und es muß ihr weiter zeigen, daß die Regierung auch auf ihr Volk zählen kann, wenn ihr freunde Träumen die Brandfackel ins Haus werfen wollen. Erkenne den Ernst der Stunde, bayerisches Volk!

Sollen auch die weißblauen Grenzpfähle sich dem Bolschewismus öffnen oder nicht?

Es geht um Freiheit oder Leben!

Hiermit werden wieder einmal Zusammenhänge aufgedeckt, die zeigen, daß in Bayern bestimmte Kreise systematisch zum Konflikt hinführen. Die bayerische Regierung ist dabei ihr Gefangener.

Moskau Ruf an Italien.

Mit dem Ruf „Nieder mit dem reformistischen Verrat! Nieder mit der Kollaboration!“ wendet sich die III. Internationale in einem langatmigen Aufruf an die italienische Arbeiterschaft, um sie zu einem Bruch mit den Sozialdemokraten aufzufordern. Nun liegen die Verhältnisse so, daß auf dem italienischen Gewerkschaftskongreß, der im Juni stattfindet, bei der Abstimmung über die Frage einer Zusammenarbeit mit der Regierung die Leitung des Gewerkschaftsverbandes und die Zentralkomitees, die beide eine Zusammenarbeit befürworten, 540 000 resp. 44 000 Stimmen erhielten. 260 000 Stimmen sprachen sich gegen die Zusammenarbeit aus, für die kommunistische Resolution ergaben sich 200 000. Innerhalb der beiden sozialistischen Parteigruppen ergab sich also eine Zweidrittelmehrheit für eine Zusammenarbeit. Die Kommunisten hatten die wenigsten Stimmen hinter sich. Inzwischen hat sich die politische Lage in Italien sehr verschoben. Der rechte Flügel der Sozialdemokraten hat den bürgerlichen Parteien angeboten, an einer Bekämpfung der faschistischen Gewalt Herrschaft, die die Grundlagen des italienischen Staatswesens erschüttert, aktiven Anteil zu nehmen. Die Lösung der Regierungskrise muß zeigen, ob sich in Italien eine Mehrheit findet, der es mit einem Kampf gegen die diktatorische Politik der Faschisten ernst ist. Der Parteitag der sozialistischen Parteien Italiens, der demnächst zusammentritt, wird also vor sehr ernsten Entscheidungen stehen, die mehr denn je Einmütigkeit verlangen. Moskau hat aber in diesem Augenblick der italienischen Arbeiterschaft nichts anderes zu sagen als: „Nieder mit den Reformisten!“ Der Feind steht vor den Toren, aber was macht's, die Spaltung der Arbeiterschaft geht den Moskauern über alles. In dem Aufruf ist von dem Tod im Sumpfe die Rede. Moskau weiß, was es damit meint, es hat diesen Sumpf tagtäglich vor Augen.

Das ratlose Italien.

Rom, 27. Juli. (E.) Der gestrige Tag verlief ohne jeden Fortschritt in der Lösung der Ministerkrise. Die Lage erscheint noch viel verwickelter als in den letzten Tagen, insbesondere der Brief Giolittis erforderte eine Klärung. In diesem Brief hat er bekanntlich jedes Ministerium, das nicht in Position zu den Faschisten gebildet würde, als ein „Ministerium der Furcht“ bezeichnet. Da die Gruppe der Rechten kein Ministerium unterstützt, das nicht aus ihren Reihen gebildet ist, so sieht man keine Möglichkeit, wie ein Kabinett zustandekommen könnte. Das erklärt auch die Ablehnung Nava's, den Bonomi als aussichtsreichsten Kandidaten bezeichnet hatte. Die Lage der Populari ist durch eine im „Gazzettino Romano“ veröffentlichte Note außerordentlich schwierig geworden. Darin erklärt der Papst, daß er die Verantwortung der Volkspartei nicht zu eigen machen könne und nicht zu teilen wünsche. Drei Möglichkeiten werden jetzt in Aussicht genommen: entweder ein Kabinett Meda oder ein neuer Versuch mit Orlando, wenn nicht gar eine Rückkehr zu Facta.

Lloyd George über Rußland.

Rußlands Kriegsschuld. — Die Bolschewistische Regierung keine Volksvertretung.

London, 27. Juli. (WZ.) In der gestrigen Unterhausdebatte über die Haager Konferenz hielt nach Lord Robert Cecil Lloyd George eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Konferenz bedeutet einen entscheidenden Fortschritt zu einer endgültigen Lösung. Die Wiederherstellung des Friedens in Europa und der Ordnung dieser Welt lasse sich nur Schritt für Schritt erreichen. Man sei heute allzu geneigt, zu vergessen, daß der größte aller Kriege erst vor drei Jahren beendet wurde. Es sei bereits ein erstaunlicher Fortschritt gemacht. Die Ansicht Lord Robert Cecil's, daß die Zustände sich eher verschlimmern, könne er nicht teilen. Die Bemerkung von Cignes, daß England teilweise an dem russischen Unglück schuld sei, sei historisch unhaltbar.

Rußland habe den ersten Schuß abgegeben, und Rußland habe als erste Macht den Krieg eingeleitet.

Die englische Regierung habe keinen Schritt jede mögliche Unterstützung gewährt, und es sei nicht ihre Schuld, wenn er keine Erfolge hatte. Einige Mitglieder des Hauses schienen der Ansicht zu sein, es gebe eine russische Regierung, die Rußland nach dem Willen des Volkes beherrsche, und England habe sich bemüht, Aufstände und Bürgerkrieg hervorzurufen. Tatsächlich sei die bolschewistische Regierung durch einen Staatsstreich mit Waffengewalt ans Ruder gekommen. Es liege kein Bereich dafür vor, daß das russische Volk jemals diese Regierung gewünscht habe. Es habe sich ihrer Herrschaft unter dem Druck der Gewalt gefügt.

Lloyd George fuhr fort: Wenn es möglich wäre, zu einem Abkommen zur Beschleunigung des Wiederaufbaues zu kommen, werde dies für Rußland wie für England von Vorteil sein.

Die furchtbaren Zustände in Rußland

Könnten sich nicht bessern, wenn Rußland nicht die zivilisierte Welt zu Hilfe rufe. Geschehe dies nicht, so würden in Rußland Zustände wie in der Urzeit eintreten. Rußland entbehre der Maschinen jeder Art, landwirtschaftlicher Geräte usw. England würde geschaffen werden, wenn es dringende Bestellungen erhalte. Die Zusammenarbeit liege also im beiderseitigen Interesse. Fraglich sei nur, ob dies möglich sei. Die Behauptung von Cignes, daß die politische Anerkennung zur Wiederaufnahme der finanziellen, wirtschaftlichen usw. Beziehungen führen werde, sei geeignet, Rußland zu täuschen. Selbst wenn der beste verfügbare Vorkäufer nach Rußland gehen würde, würde ihm kein Bankier oder Kaufmann folgen, bevor nicht die notwendigen Bedingungen hergestellt seien.

Der Machtkampf in Polen.

Pilsudskis Sieg.

Warschau, 26. Juli. (WZ.) In der heutigen Sitzung des Sejm wurde ein von der Rechten gegen den Staatschef Pilsudski beantragtes Mißtrauensvotum nach kurzer Debatte mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

Verkehrschmerzen.

Aus einer Reihe von Zuschriften, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel Bezug nehmen, geben wir einige, die von besonderem Interesse sind, wieder. — Zu dem Thema „Sonntagsrucksackfahrten“ schreibt ein Leser folgendes:

„Ich las den Artikel in der Abendausgabe vom 22. d. M. und wollte nun abends auf dem Lehrter Bahnhof eine Sonntagsrucksackfahrt nach Nauen haben, aber — behüt dich Gott, es war so schön gewesen. . . Der Fahrkartenvorverkäufer sagte mir nämlich: Sonntagsrucksackfahrten gibt's nur nach Ausflugsorten! Ich habe dem Fahrkartenvorverkäufer den vorerwähnten Artikel zur Kenntnis dort gelassen, damit er ihn liest und vielleicht seiner Behörde weitergibt.“

Die Eisenbahndirektion sollte hier nicht engherzig verfahren und sich davor hüten, unnötige Mißstimmung hervorzurufen. — Auf der Eisenbahn soll nunmehr streng darauf geachtet werden, daß in Nichtraucherabteilen nicht geraucht wird. Diese Maßnahme, die sicher von allen Feinden des Nikotins begrüßt wird, kann aber nur durchgeführt werden, wenn die Wagen einwandfrei bezeichnet sind. Beim z. B. in einem von außen als „Nichtraucher“ bezeichneten Wagen Nichtraucher angebracht sind, wird es wenige Raucher geben, die nicht der Versuchung erliegen, in diesem „Nichtraucher“ ihr Rauchzeug in Brand zu setzen. Ueber diese „Raucherfallen“ schreibt man uns:

„Ich fahre alle Morgen mit der Stadtbahn von Treptow durch die Stadt mit dem „Westender“, und da habe ich wiederholt die Beobachtung gemacht (übrigens andere auch), daß die Wagen nicht richtig bezeichnet sind. Oft steht draußen dron „Nichtraucher“, innen aber steht über der Türschloß an den Türen oder umgekehrt. — Also: „Raucherfalle“.

Wohin das führt, läßt sich ja so ungefähr ausmalen. Jeder will Recht haben und der Rauch ist fertig. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch nebenbei erwähnen, daß jetzt anscheinend „Douschewogen“ eingeführt werden sollen. Ich habe erst heute früh wieder in einem Abteil gesessen, wo es ganz lieblich „trippete“. Der Wagen war früher mal ein Wagen für Fernverkehr, die man jetzt des öfteren in den Stadtbahnzügen laufen sieht, alle ausrangierte Dinger mit Klotz und aufklappbaren Sitzen und Armlehnen.“

Wegen der Einführung des „Rauchkabinetts“ bei der Stadtbahn sind bei uns eine ganze Reihe von mehr oder minder energisch gehaltenen Protesten eingegangen. So schreibt z. B. ein Mitglied des Vereins „Arbeiterjugend“ als Anwalt gleichgültiger Freude:

„Erneut las man im „Vorwärts“ den Vorschlag, den Beiwagen der Stadtbahn als „Rauchkabinett“ freizugeben. Fragend möchte ich hierzu bemerken: Hat man unter den vielen Sorgen der Zeitgenossen wirklich keine andere Sorge, als meist überfüllte Beiwagen der Stadtbahn noch mit einer Fülle ungesunden Tabakqualms zu speisen? Schon die Begründung jenes Vorschlags scheint wenig schlüssig, wenn es da heißt: . . . den Rauchern mehr Berücksichtigung zu gewähren“. Sollten sich die Raucher nicht 1/2 oder 3/4 Stunden ihres Tabakgenusses enthalten können? Nicht den Rauchern, sondern den Nichtrauchern die Berücksichtigung — auch bei der Stadtbahn. Die arbeitende Jugend, täglich dem Dunst und Staub ihrer Arbeitsstätten ausgesetzt, die unglücklichen Frauen und Mütter werden einsinken in den Rauch: Keine Berücksichtigung der Luft in diesen Wagen! Fort mit dem „Rauchkabinett!“

Allen recht getan, ist befandlich eine Kunst, die niemand kann. Jeder Nichtraucher wird dem Dauschewogen zustimmen. Und selten hat man einen Freund des Rauchgenusses gehört, der in der heutigen Zeit nicht über das teure Rauchvergnügen geklagt und nicht bedauert hätte, daß er es sich nicht abgewöhnen könne. Sollten diese Kreise im Hinblick auf die ständig fortschreitende Verteuerung alles dessen, was zum Lebensunterhalt gehört, nicht dankbar sein, wenn ihnen die Benutzung der Stadtbahn ebenso wie der Besuch eines Theaters oder Konzerts, die Möglichkeit gibt, ihre kostbaren Rauchmittel für eine gelegeneren Zeit aufzusparen?“

Die Riesenleistung der Berliner Stadtbahn.

Ueber eine halbe Milliarde Reisende.

Der Verkehr auf der Berliner Stadt- und Ringbahn hat, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mittelt, im Jahre 1921 nicht nur den Stand der Vorkriegszeit erreicht, sondern weit überschritten. Auf dem Netz der Berliner Stadt- und Ringbahn wurden im Jahre 1921 nicht weniger als 235 949 592 Personen, auf den Vorortlinien sogar 277 845 349 Personen und im ganzen 513 794 942, also über eine halbe Milliarde Reisende befördert; das sind täglich 1 396 Millionen — genau 1,429 Millionen — Personen, die von der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn befördert wurden. Durchschnittlich fahren die Reisenden im Stadt- und Ringverkehr 6,00 Kilometer, im Vorortverkehr 15,10 Kilometer; das bedeutet eine jährliche Gesamtleistung von 1 577 267 207 Kilometern auf der Stadtbahn und von 4 187 914 634 Kilometern auf den Vorortlinien, insgesamt eine Jahresleistung von 5 765 Millionen Kilometern, eine Strecke, die etwa der 40fachen Entfernung der Erde von der Sonne oder rund 150 000 Äquatorlängen entspricht. Täglich werden also von Berliner Stadt-, Ring- und Vorortzügen rund 16 Millionen Kilometer zurückgelegt, so daß im Durchschnitt auf jedem Berliner eine tägliche Stadtbahnfahrt von 4 Kilometern entfällt.

Argentinienchwärmer.

In Berlin ist es Brauch, daß man bei Vorträgen das akademische Viertel abwartet, aber an diese Gewohnheit erinnerte sich bei der vom Argentinischen Zentralkomitee einberufenen Versammlung in der Handelshochschule, die gestern stattfand, niemand. Schon 20 Minuten vor festgesetztem Vortragsbeginn war die Aula der Handelshochschule überfüllt und man konnte mit Erstaunen beobachten, daß mit Eifer und Geduld um die Stehpflüge gekämpft wurde. Die wüßbegierige Menge, die gekommen war, um Dr. Bartolomee Daneri, den Spezialdelegierten der argentinischen Regierung zu hören, setzte sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Der große Zuhörerhaushalt war leider das Organ des Redners nicht gewachsen, und nach vergeblichen Bemühen unternahm es schließlich ein mit dem Vortragstoff vertrauter Herr, das Mikrofon zu übernehmen. Der Vortrag, insonderheit für Landwirte und Kaufleute bestimmt, war stark auf Einwanderungspropaganda eingestellt. So wurde behauptet, Argentinien sei der beste Winkel der Welt, wo jeder arbeitssame Mann mittlerer Intelligenz sein gutes Auskommen fände. Das Land könne mehr als 100 Millionen Menschen beherbergen. Die Republik Argentinien hat ihre Gehege auf die Einwanderung zugeschnitten, und sobald die Ausländer das Bürgerrecht erworben haben, genießen sie dieselben Rechte wie die Eingeborenen. Nur Präsident des Landes kann ein Einwanderter nicht werden. Umfangreiche Statistiken gaben einen Einblick in diese Kornkammer der Welt und erzählten auch viel von der Viehzucht, dieser Edelindustrie des Landes. Von den fleischausführenden Ländern wird in Zukunft Argentinien sicher an erster Stelle stehen und es wird am preiswertesten liefern können. Den Ausführungen wurde heftiger Beifall gezollt.

Dennoch muß derjenige, der auswandern will, sich die Sache nicht einmal, sondern hundertmal überlegen. Klima, Sitten, Sprache sind Dinge, die sehr beachtet werden müssen, und sicherlich wird jeder, der außerhalb der Heimat sein Fortkommen sucht, tüchtig Lehrgeld zahlen müssen, bevor er in der Fremde bodenständig geworden ist.

Falsche Hausangestellte.

Sie hatten es auf Schmuckstücke abgesehen.

Falsche Hausangestellte, die nur Stellung annehmen, um stehlen zu können, treiben immer noch ihr Unwesen. Ein Halbtagsbesitzer in der Kaiserstraße stellte kürzlich ein neues Mädchen ein, daß sich Gerda Gedebe nannte und angeblich 20 Jahre alt zu sein. Sie besorgte alles zur Zufriedenheit. Als sie aber so Vertrauen gewonnen hatte und nachmittags ein paar Stunden allein in der Wohnung gelassen wurde, raffte sie aus einem Nachtschub im Schlafzimmer der Dienstherrin für 250 000 M. Schmuckstücke, darunter ein Koller, ein paar Brillantohrringe, 3 Brillantarme und 2 goldene Kettenarmbänder, zusammen und verschwand damit. Auch einen Fräulein nahm sie mit. Ihre Eltern waren in der von ihr angegebenen Wohnung nicht zu finden. Die Diebin ist etwa 1,55 Meter groß, hat schwarzgefärbte Augenbrauen, einen Wuschelkopf und abgenagte Fingernägel. Sie hinkt auf dem rechten Fuße und stülft außerdem durch ein nervöses Gesichtszug und ständiges Hochziehen der Nase auf. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. — Kürzer machte es ein anderes Mädchen bei einer Familie in der Kneesebeckstraße. Sie kam gleich am nächsten Tage nach ihrer Einstellung vom Einholen nicht zurück, und nun ergab sich, daß sie unmittelbar vor dem Ausgang ebenfalls wertvolle Schmuckstücke, darunter ein goldenes Gliederarmband, ein goldenes Armband mit Perlen und eine lässliche Brosche mit Perlen und mehrere Ringe, darunter einen mit einem großen Saphir und Brillanten, mitgenommen hatte. Ein Dienstherr auf dem Namen Helene Sinter, 1891 geboren, ließ sie zurück; es erwies sich aber als falsch. Mitteilungen zur Unschädlichmachung der Spezialsitzen nimmt Kriminalkommissar Gennart im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums entgegen. — Auch diebische Diener gehören nicht zu den Seltenheiten. So stahl ein junger Mann, der sich Hermann Siebert aus Stettin nannte, einem Rittmeister Mierendorf in Groß-Rietzenow bei Lange in Mecklenburg-Schwerin, bei dem er einige Wochen in Stellung war, für 100 000 M. Tafelsilber aller Art, das zum größten Teil D. M. und D. B. mit einer Krone gezeichnet ist und verschwand damit, wie die Spuren zeigten, nach Berlin. In einem braunen Lederkoffer mit Unlaufriemen, einem sogenannten Harmonikakoffer, schaffte er die Beute weg. Auch eine Rauserpistole mit 8 Schuß, 2 Rasiermesser und 2 Taschenmesser nahm er noch mit. Der Dieb, auf den die Dienststelle B. 1. 4 schadet, ist ohne Zweifel ein Berliner Verbrecher, der sich nur als Diener maskiert hatte. Er ist etwa 23 Jahre alt, mittelgroß und unterleht und hat rotes, lockiges Haar, einen roten gefleckten Schnurrbart, rote Augenbrauen und Sommerproffen. Bei ihm befand sich ein anderer Mann, der ein wenig größer ist als er, schwarzes Haar und einen kleinen Schnurrbart hat und einen grauen Anzug mit hellgrauer Sportmütze trug.

Zimmer wieder der Revolver.

Gefährliche Einbrecher suchten das Schneiderbedarfsartikelgeschäft für Friedewald in der Hohenstaufenstr. 6 heim. Sie erbeuteten für 25 000 M. Futtermittel; wurden aber im letzten Augenblick überführt. Auf der Flucht warfen sie ihre Beute wieder weg, so daß der Geschäftsmann ohne Schaden davonkam. Auf ihre Verfolger, Bürger und Beamte der Schutzpolizei, gaben die Verbrecher zwei Schüsse ab, ohne jemanden zu treffen, und entkamen. — Ein 34 Jahre alter Fritz Kiel aus der Orststr. 17 geriet in der Stargarder Straße mit seinem Schwager, einem Arbeiter Franz St., in Streit, schoß auf ihn, ohne ihn zu treffen, und ließ dann davon. Auch auf keine Verfolger gab er zwei Schüsse ab, die ebenfalls fehlgingen. Kiel wurde eingeholt, festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt.

Zwei mutmaßliche Kindesmorde beschäftigten wieder die Kriminalpolizei. Auf Zehlendorfer Gebiet fand man im Walde, etwa 200 Meter von der Alsenstraße entfernt, die Leiche eines neugeborenen Knaben, der gleich nach der Geburt getötet worden ist. — Bei dem Brandstiftungsdiebstahl 13 fand man ebenfalls die Leiche eines neugeborenen Knaben in einem Müllkasten.

Den eigenen Bruder erschossen. Der Gastwirt Otto Haug aus Nollstedt bei Belgig erschoss, in der Meinung, ein Stück Wild vor sich zu haben, seinen eigenen Bruder, den Privatmann Franz Haug, der mit ihm und andern Jägern auf den Waid gegangen war. Entgegen der Vereinbarung war Franz Haug unvermutet an der Unfallsstelle aufgegriffen. Nach wenigen Augenblicken verstarb der Oetropfene.

Ein neuer Zeppelin.

Nachdem der Reichsterrat auf Grund des Erlassens der Regierung der Vereinigten Staaten den Bau eines für letztere bestimmte Zeppelinschiffes in Abwägung von den uns durch die Entente auferlegten Beschränkungen genehmigt hat, wurde gestern eine entsprechende Verordnung in „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Es heißt: Die Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. in Friedrichshagen am Bodensee wird ermächtigt, ein starkes Luftschiff von 70 000 Kubikmetern Gasrauminhalt zu bauen und zu Probeflügen in Deutschland verkehren zu lassen. Es handelt sich um ein Schiff von 200 Meter Länge, 28 Meter größtem Durchmesser, 82 Tonnen Gesamtgewicht und 41 Tonnen Nutzlast, dem 5 Motoren von je 400 Pferdestärken eine Geschwindigkeit von 125 Kilometern erteilen sollen. Die Bauzeit ist auf fünfviertel Jahre berechnet.

Eine chemische Fabrik niedergebrannt.

Infolge einer Explosion brach am Mittwoch in dem Lagerhaus der Chemischen Fabrik von Heinrich König in Leipzig-Plagwitz ein Großfeuer aus, das in den zahlreichen Baracken, insbesondere in Benzin und Spiritus, reiche Nahrung fand. Das Gebäude wurde bis auf die Umfassungsmauer vollständig eingestürzt. Der Schaden geht in die Millionen. Die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Brandes ist eingeleitet worden.

Der D-Zug Berlin-Nordböhln ist bei der Station Dohln entgleist. Großer Materialschaden ist zu verzeichnen, während Passagiere nicht verletzt wurden, da der Zug langsam fuhr. Der Unfall ist auf Entgleisen der beiden Packwagen zurückzuführen.

Schwerer Flugzeugunfall in Spanien. Aus Madrid wird gemeldet, daß bei Guadir in der Provinz Granada ein Flugzeug, das den Passagierdienst vertritt, explodierte. Der Pilot und zwei Passagiere wurden verbrannt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ziemlich kühl und überwiegend trübe mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Sport.

Boxkampf. Am 26. Juli fand in der Boxhalle der 2. Internationale Boxkampfsport, der im ganzen nicht viel Sport zeigte. Am Abend wurden sich Keller mann und Jacobs gegenüber. Keller verlor in der 4. Runde durch Knock out zu liegen. Der Schwede Weimert wurde wegen dreimaligen Überschlags gegen Maxten (Gronfeld) disqualifiziert. Kompasstein hatte sich statt gegen den Regier Leger dem untrainierten Desterreicher Gironet zu stellen. In der 10. Runde wurde der Kampf abgebrochen wegen Unschicklichkeit und der Domburger Stein als Sieger erklärt. Einen offenen Kampf lieferten sich Wiegert und der Franzose Boudoulaeche. Ueber 10 Runden wurde unentschieden gekämpft. Im Sammergeleit wurde unermutet Pini als Sieger erklärt, da Spalla in der 5. Runde dem zu Boden gebenden Kinn im Gesichtseifer Schläge nachsandte und damit regimentswidrig kämpfte.

Gewerkschaftsbewegung

Technische Nothilfe bei der Reichspost.

Der frühere Vorsitzende des Bundes der Inspektoren und Amtmänner holländ-Werten, behauptete jüngst in einem Schreiben, der Gedanke, die „dienstwilligen“ Beamtenschaft bei der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung für den Streikfall zu sammeln, sei aus Beamtentreisen gekommen und werde auch von diesen ausgeführt. Die Werbetätigkeit habe einen völlig privaten Charakter; die Verwaltung habe damit nichts zu tun. Demgegenüber erweisen die Unterbeamten auf die „amtlichen“ Richtlinien für den Einsatz der Technischen Nothilfe (Teno) bei Arbeitseinstellungen im Betriebe der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung (P.T.B.), die ausdrücklich als „geheim“ bezeichnet sind. Diese Richtlinien umfassen 10 eng geschriebene Folienseiten Schreibmaschinenschrift und geben genaue Anweisung nach folgender Einteilung:

1. Umfang des Notbetriebes.
2. Art des Einsatzes.
3. Vorbereitungen für den Einsatz.
4. Bereitstellung des Personals für den Notbetrieb.
5. Leitung des Notbetriebes.
6. Allgemeine Vorbereitungen für den Einsatz der Teno.
7. Vorbereitungen im einzelnen: a) örtlicher Umfang des Notbetriebes, b) Dienstpläne (I), c) Leitung des Personals, d) Funk-, Fernsprech- und Telegraphendienst, e) Telegraphenbauwesen, f) Beförderungsmittel auf der Eisenbahn, g) Bahnhofs- und Stadtpostfahrten, h) Werdepflege, i) Kraftwagenverbindungen, k) Einmischung fremden Personals in die Dienstgeschäfte, l) Unterkunft der Nothelfer.
8. Besondere Maßnahmen bei gespannter Lage.
9. Einsatz der Teno.
10. Regelung der Kostenfrage.
11. Zusammenarbeiten mit anderen Betrieben.

Gleich im ersten Punkt der Richtlinien heißt es: Welche Betriebe zu den lebensnotwendigen gehören und durch Einsatz der Teno aufrechtzuerhalten sind, bestimmt das Reichspostministerium. Dann werden die einzelnen Dienstweize bis zum Zeitungsvorkehr, Postdienst und geschäftlichen Briefverkehr aufgeführt, die sämtlich als „lebensnotwendig“ bezeichnet werden. Unter den Vorbereitungen für den Einsatz heißt es: „Die Leistung der Nothelfer ist eine freiwillige. Weder der allgemeinen Verwaltungsbehörde noch der P.T.B. steht eine Befehlsgewalt zum Einsatz der Teno zu. Der Einsatz erfolgt im allgemeinen im Benehmen mit der Verwaltungsbehörde und der Teno.“

Ueber die Bereitstellung des Personals heißt es: „Es ist notwendig, daß sich alle arbeitstreuen Beamten, auch die höheren, alsbald für die Nothilfe zur Verfügung stellen, und nicht erst bei drohender Arbeitseinstellung mit ihrer Meldung hervortreten... Mit der Werbung hat die P.T.B. nichts zu tun. Die Beamten, die sich für die Teno zur Verfügung stellen, melden sich bei dem bei jedem Verkehrsamt vorhandenen Vertrauensmann der Teno. Die Verwaltung will nicht die Namen der sich meldenden Beamten erfahren, sondern nur wissen, wieviel Kräfte für die einzelnen Dienststellen zur Verfügung stehen.“

An anderer Stelle heißt es: „Die Betriebe der P.T.B. können wegen ihrer Eigenart und ihrer umfangreichen Einrichtungen nur

von der Verwaltung selbst geleitet werden... Im schriftlichen Verkehr, der nach Möglichkeit zu vermeiden ist, sowie im telegraphischen und telephonischen Verkehr ist wegen der Gefahr der Überwachung durch staatsfeindliche Elemente große Vorsicht am Platze...“

Schon aus den Widersprüchen in diesen wenigen Sätzen ist ersichtlich, daß die Sache von A bis Z in der Hand der Postverwaltung liegt, die sich dennoch den Anschein geben will, als handle es sich um eine freiwillige Einrichtung. Diese ausdrücklich als „geheim“ bezeichneten Richtlinien sind von sämtlichen Oberpostdirektionen auf dem Dienstwege sämtlichen Verkehrsämtern zugegangen, die bis zu näher festgesetzten Terminen über die getroffenen Maßnahmen zu berichten und etwa erforderliche Anträge zu stellen haben.

Wenn jemals eine Sabotage am Platze gewesen ist, so hier gegen die Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern, Abteilung Post und Telegraphie, in Berlin-Pankow. Wir sind überzeugt, daß die Postbeamten der Durchführung des Planes den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden.

Zur Lohnbewegung der Wach- und Schließangestellten.

Die Wach- und Schließangestellten stehen in einer Lohnbewegung. Ihre Arbeit ist sehr schwer, ohne Rücksicht auf das Wetter müssen sie ihren Dienst versehen, der bei der heutigen Unsicherheit sie nicht selten in Lebensgefahr bringt. Sie haben oft ungeheure Werte zu bewachen, sind dabei jedoch bei den heutigen Wirtschaftslage und ihren niedrigen Löhnen der Verführung ausgelegt, selbst zum Dieb zu werden.

Die Berliner Wach- und Schließgesellschaft wendet sich in einem Flugblatt an die Abonnenten, worin sie ihre Angestellten verdächtigt, sie hätten am 1. August Forderungen aufgestellt, die jeder Berechtigung entbehren. Die Firma gibt an, daß sie bereits am 1. Mai eine 50 bis 60prozentige Zulage bewilligt habe. Sie verschweigt ihren Abonnenten aber, wie hoch die Löhne der Wächter waren und wie sie heute noch sind. Die Löhne betragen am 30. April pro Woche 427 bzw. 478 M., davon gingen natürlich noch die Beträge für Steuer, Krankenkasse und Invalidität ab. Für die Monate Mai und Juni betragen die Löhne 693 bzw. 770 M., davon kommen die bedeutenden Abzüge nach zur Abrechnung, so daß nur 600 bis 700 M. zur Auszahlung kommen. Daß es nicht möglich ist, mit diesen Löhnen auszukommen, eine Familie zu ernähren, selbst die aller notwendigsten Lebensmittel zu kaufen, liegt klar auf der Hand.

Würde die Gesellschaft ihren Abonnenten die Wahrheit über die Höhe der Wächterlöhne mitgeteilt haben, brauchte sie sich nicht als Interessensvertreter der Abonnenten aufzuspielen. Die Abonnenten würden einsehen, daß die Wächter, wenn sie ehrlich bleiben wollen, unbedingt höhere Löhne erhalten müssen. Die Wächterschaft wird für die Aufklärung der Abonnenten Sorge tragen. Sie erwartet, daß der am Freitag tagende Schlichtungsausschuß ihren sehr berechtigten Forderungen, für August 5000 bzw. 5300 M. zu zahlen, entgegenkommt.

Zum amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Die streikenden Bergarbeiter haben nicht nur die Unternehmer mit ihren „Arbeitswilligen“ und Pinkertons gegen sich, die für die nötigen „Unruhen“ zu sorgen haben, sondern auch die Regierung, die den Unternehmern freie Hand läßt, zugleich aber auch auf den ungeführten Fortgang des Wirtschaftslebens Bedacht nehmen muß. — Heute wird gemeldet:

Die Regierung hat nunmehr endgültig die Kontrolle aller Eisenbahnen sowie die der Kohlenförderung in die Hand genommen. In der letzten Nacht wurden Instruktionen erteilt, daß alle Warensendungen auf direktem Wege vorgenommen werden müssen. Lebensmittel und Kohlen haben den Vorrang, auf allen Linien östlich vom Mississippi durchgeführt zu werden. Auf diese Weise hofft man, die vollständig verstopften Eisenbahngleise freizubekommen und eine Reserve an Lokomotiven und Waggons aus den Bergwerken aufzuspielen, von denen aus der Transport der Kohle aus den Bergwerken bis in die Industriegebiete bewerkstelligt werden kann. Präsident Harding soll die Absicht haben, eine Woche zu warten, um die Wirkung dieser Maßnahmen zu erproben, bevor er andere, noch schärfere Maßnahmen anordnet. Insbesondere will er die Ergebnisse der Schritte abwarten, die zum Schutze der Arbeitswilligen unternommen worden. Die Regierung ist ferner entschlossen, der Arbeitskommission der Eisenbahn alle Nachtbefugnisse zu übertragen. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaft behaupten, daß sie volles Vertrauen in die erfolgreiche Beendigung des Streikes ihrerseits hätten. Die nationalen Gewerkschaften der Eisenbahner würden aufgestellt werden und an ihre Stelle „unabhängige“ Gewerkschaften treten.

In verschiedenen Bergwerken versucht man, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zum Schutze der Arbeitswilligen werden Truppen in die betreffenden Bergwerke geschickt. Die Streikenden versuchen, die Bodarbeiter für sich zu gewinnen, um die Ausschiffung der englischen Kohle zu verhindern.

Die „Rote Fahne“ sucht den ihr verhassten Internationalen Gewerkschaftsbund dafür verantwortlich zu machen, daß aus England Kohlenlieferungen nach Amerika abgehen. Wenn das Bureau der Amsterdamer Internationale etwa die Sabotage der Solidaritätsaktion (1) damit entschuldigen wollte, daß die amerikanischen Gewerkschaften nicht der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, so wäre dies so recht bezeichnend für diese Internationale. Dieser Satz ist lediglich für die ohnmächtige Brut der kommunistischen Propagandisten für eine Rote Gewerkschaftsinternationale“ bezeichnend.

Bis jetzt steht nur die Tatsache fest, daß die amerikanischen Gewerkschaften aus der Amsterdamer Internationale ausgegrenzt sind. Dagegen ist nichts darüber bekannt, daß die amerikanischen Bergarbeiter die Amsterdamer Internationale um irgendwelche Maßnahmen ersucht hätten.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Franz Klubs, Berlin-Niederschlesien; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Glückhardsche u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Gummimäntel
Raglanform, hochgeschloss. u. mit Fass, in guten Qual. M. 3200, 2600, 2400, **1950⁰⁰**

Schlüpfer u. Raglans
hochmodern, aus Homespun, Fischgrät-u. Diagonalstoffen M. 3800, 3200, 2400, **1900⁰⁰**

Jackett-Anzüge
aus guten Stoffen, streng modern, Ersatz für Maß M. 3600, 3100, 2700, **2450⁰⁰**

Burschen-Anzüge
in Jackett- u. Sportform, aus nur guten Qualitäten M. 2400, 2100, 1800, **1450⁰⁰**

Hosen
gestreift, außergewöhnlich billig M. 600, 550, 450, **360⁰⁰**

Spezial-Abteilung: Anfertigung nach Maß Anzüge, Schlüpfer, Paletots M. 5000, 4200 usw.

Hugo Simon

Spezialhaus für erstkl. Herrenkleidung

133 Charlottenburg 133
Wilmsdorfer Str.
an der Bismarckstraße.

Fahrverbindung: Elektrische bis Haltestelle Wilmsdorfer Str., Ecke Bismarckstr.

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller
A. Lesdau
Werkstätten für fein. Korbmöbel
Fernsprecher: Neukölln 1795.
Kantstr. 100, Berlin-Neukölln, Anzengruberstraße 20.

Moderne Damentaschen
Spez.: Autolack- u. Florida - Rindleder
Wichtig für: **Wiederverkäufer:**
Auch Einzelverkauf
Lederwarenfabrik P. Metz
Prinzessstraße 83, an der Ritterstraße

Erfolg haben Inseraten im Vorwärts

Dirndlstoffe / du Mousseline / Völle in ansehn. Strickarten / Po. Covercoats u. Gabardine / Waco-Josen u. Einfahenden / Strümpfe / Schürzen / Taschentücher / Ständerlein usw. / Große Auswahl in Damen- u. Kinderstoffen bei preisw. **Elis Dehmel, Neuföhrn
Riemstr. 9, Nähe Richardplatz.**

Korn- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorragend. Neu, Gr. Auswahl. Billige Preise
Edmund Volz, Hn-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz. — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbmöbel.

Die große Jubiläumsausgabe:
FLATOW
Kommentar
ZUM
Betriebsratsgesetz
Auflage 95 bis 125000

Vollkommen neugestaltet unter Benutzung aller Literatur zum modernen Arbeitsrecht und Anführung der ergangenen Entscheidungen. Auch das Betriebsbilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz nebst Wahlordnung sind für den Gebrauch in der Praxis sorgfältig erläutert.

PREIS GEB. 125 MK.

Buchhandlung VORWÄRTS
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Fahrräder!
Koch, Neukölln
Bergstr. 55, Lahn.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
10 Cottbuser Damm 10

Sommer-Modellen
Schöne Reste in
Frotté, Völle, Gabardine, Tuch usw.
Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer in Qualitäten.
Stannend billig!

Gewinn-Auszug
der
20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie
2. Klasse 3. Ziehungstag M. Juli 1923

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Ziehlagen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 470 Mark gezogen:

2 zu 100000 M 81279
4 zu 10 000 M 31649 140977
8 zu 5000 M 117494 182550 297876 331261
8 zu 2500 M 17912 160092 268874 273670
8 zu 1000 M 52901 125413 151703 348061
120 zu 800 M 7710 10817 18222 19353 24925 49010 61611 65415 72315
73424 76042 79073 82971 84011 86908 88833 94428 108221 124070
126119 128150 129495 143110 146545 150997 157131 157744 163603 170721
171004 171833 172020 181411 184835 193034 201833 202180 207 04 218229
215681 222026 240448 249052 253625 254138 254936 257537 260 88 267047
275760 2767 5 283033 276317 292803 300562 309574 310184 321170 325584
328411 331463 333197 335930 351991 359990 373216

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 470 Mark gezogen:

2 zu 2 0000 M 352679
2 zu 20000 M 180730
4 zu 6000 M 35982 809795
8 zu 3000 M 149876 346416 350382
8 zu 2500 M 123488 168063 09080 240348
14 zu 1000 M 7233 28588 187289 178979 243356 244345 363048
180 zu 800 M 1647 4248 14523 18523 30477 24708 20081 44200 50644
68409 69063 61033 62146 62283 69010 94711 107727 104513 104817
110084 110779 114355 118870 122148 134002 13 317 138796 149615 1474 7
148137 148234 149064 150138 16 833 174035 170083 182046 187717 184174
209410 210331 223956 225158 23425 234064 244421 260482 260730 268437
270046 271502 271885 277 39 27996 269784 293157 297183 298980 303655
308831 311021 312 63 317294 321059 323473 323509 323558 327827 329124
337046 344658 354150 363619 370083 372717

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterei-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstverwalter befehle ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe
1 Ring Dukatengold v. M. 390.- an
1 Ring 255 g. ostpreuss. v. M. 295.- an
1 Ring 338 g. ostpreuss. v. M. 170.- an

H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30
Berlin W, Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantieschein für gesetzlich Goldinhalt.

Meine Herren!
Einen wirklich guten Anzug
Wanfel oder Hofe kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen
Große Auswahl
Gelegenheit der Vesteilungsbetriebe
Megandruenstraße 110
Bochb. Weinstr. — Fahrverbindung

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpollensteine
Stück M. 20.—. Ueberall erhältlich.

Die Anfertigung moderner Korsetts, Reform-Korsetts, Kinderleibchen, Büstenhalter usw. aus eingesandten Stoffen unter Mitnahme besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsetts übernimmt bei billigster Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Bin.-Karlsborst, Treskow-Allee 99. — 2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20.
3. Geschäft: Berlin, Kommodorenstr. 27, Ecke des Lichtenberg.

Spezial-Arzt Dr. Scotti
für Haut- und Geschlechtskrankheiten, veraltete Herpesiden, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchung, Admet-Löser-Institut.
Dir.: Löser senior — 9-1, 4-8
Rosenthaler Str. 69/70, am P. Damentz. separ

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83. Tel. 900.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Wiele Wacklungen u. Staatseideln

Quecksilber
kauft höchstzählend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)